

## Die Einkommen der Privaten Haushalte in Bayern aus Sicht der VGR

*Nach den aktuellen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene erzielten die Privaten Haushalte in Bayern im Jahr 2001 insgesamt ein Brutto- oder Primäreinkommen in Höhe von 261,8 Milliarden Euro. Das waren 73,0 Milliarden Euro oder 38,7% mehr als 1991. Bei tendenzieller Ausweitung der Umverteilungsaktivitäten, die sich in einem überproportionalen Anstieg sowohl der direkten Steuern und Sozialbeiträge, als auch der (monetären) Sozialleistungen niederschlugen, erhöhte sich das Verfügbare Einkommen der bayerischen Bevölkerung mit 39,3% geringfügig stärker als deren Primäreinkommen. Das Verfügbare Einkommen je Einwohner erreichte 2001 in Bayern 17244 Euro und lag damit um 0,9% über dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Bei den Primäreinkommen je Einwohner ist der Vorsprung mit 3,9% etwas deutlicher. Die Einwohner des Freistaats zahlen also im Zuge der Umverteilung per Saldo einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Bruttoeinkommen in die Kassen der Solidargemeinschaft ein. Bei bundesweit abnehmender Tendenz lag die Sparquote in Bayern im Jahr 2001 nur noch bei 11,1%, nachdem sie eingangs der neunziger Jahre noch über 14% gelegen hatte. Dennoch ist die Sparneigung in Bayern nach wie vor etwas stärker ausgeprägt als in Deutschland insgesamt, wo die Sparquote durchwegs um rund einen Prozentpunkt niedriger lag.*

### **Anstieg der Primäreinkommen betrug 1991 bis 2001 insgesamt 38,7%**

Nach den jüngsten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen flossen den Privaten Haushalten Bayerns im Jahr 2001 insgesamt Primäreinkommen in Höhe von 261,8 Milliarden Euro zu; dies waren 73,0 Milliarden Euro bzw. 38,7% mehr als noch 1991. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Primäreinkommen damit um 3,3%. Die Bruttoeinkommensentwicklung blieb im Freistaat geringfügig hinter der des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück, welches im gleichen Zeitraum einen Anstieg von 41,1% bzw. jahresdurchschnittlich 3,5% aufwies. Für Deutschland errechnet sich insgesamt eine geringere Differenz von nur 0,4 Prozentpunkten zwischen Bruttoinlandsprodukt (+37,9%) und Primäreinkommen der Haushalte (+37,5%). Dieser Sachverhalt erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass aus dem Freistaat ein höherer Anteil der Primäreinkommen an die anderen Bundesländer und die übrige Welt abfließt, als dies über die nationalen Grenzen Deutschlands hinweg der Fall ist. Zu erkennen gibt dies auch das Bruttonationaleinkommen, welches 2001 in Bayern um immerhin 14,1 Milliarden Euro oder 3,9% niedriger war als das Bruttoinlandsprodukt, während es in ganz Deutschland mit 15,4 Milliarden Euro nur um 0,7% dahinter zurückblieb.<sup>1)</sup>

Im Jahr 2001 entsprachen die Primäreinkommen der Privaten Haushalte mit Wohnsitz im Freistaat noch 72,6% der zu jeweiligen Preisen bewerteten Wirtschaftsleistung Bayerns, zehn Jahre zuvor waren es noch 73,8% (ein geringer Teil davon ging jeweils auch an Private Organisationen ohne Erwerbszweck, die aus statistischen Gründen nicht von den Privathaushalten zu trennen sind). In Bezug auf das Bruttonationaleinkommen erhöhte sich der Anteil der Haushaltsbruttoeinkommen allerdings leicht von 74,4 auf 75,5%.

Zum weit überwiegenden Teil setzen sich die Primäreinkommen der Privaten Haushalte nach wie vor aus dem Arbeitnehmerentgelt, also den (früher auch so bezeichneten) „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ zusammen, welche neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung umfassen. Im Jahr 2001 machte das von der bayerischen Bevölkerung (an Arbeitsstätten im und außerhalb des Freistaats) insgesamt erzielte Arbeitnehmerentgelt 182,8 Milliarden Euro oder 69,8% der gesamten Primäreinkommen aus. Dieser Betrag war zwar um 46,8 Milliarden Euro oder 34,4% höher als 1991, der Anteil an den Primäreinkommen lag jedoch etwas niedriger als damals (72,1%). Über den zehnjährigen Zeitraum

von 1991 bis 2001 errechnete sich eine jahresdurchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,0%.

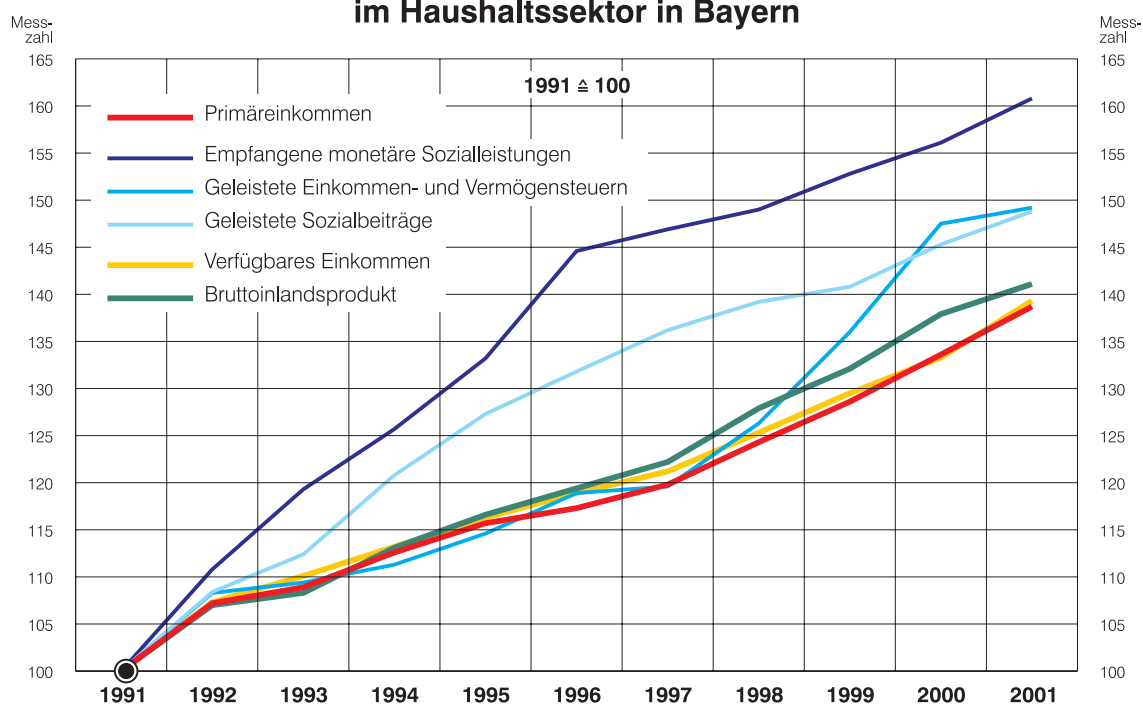
Die Selbständigeneinkommen (einschließlich des im Bereich Wohnungsvermietung erzielten „Betriebsüberschusses“) sind nach zunächst recht kräftigem Anstieg in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (1991 bis 1996 waren es jahresdurchschnittlich 5,0%) seit 1997 kaum noch angestiegen und in den Jahren 1999 und 2000 sogar leicht zurückgegangen. Mit 43,5 Milliarden Euro lagen sie 2001 um 2,2% über dem Niveau von 1996. Auf den gesamten Zeitraum 1991/2001 bezogen, erhöhten sich die Selbständigeneinkommen um 30,5%, was bei stetiger Entwicklung einem jährlichen Zuwachs von 2,7% entsprochen hätte. Im Jahr 2001 schrumpfte ihr Anteil an allen von der bayerischen Bevölkerung erzielten Primäreinkommen auf 16,6%; 1991 waren es noch 17,6% und 1996 sogar 19,2% gewesen.

Mit Abstand am kräftigsten unter den verschiedenen Einkommensarten stiegen im Berichtszeitraum 1991 bis 2001 die Vermögenseinkommen. So erreichte der (positive) Saldo aus empfangenen (Guthaben-)Zinsen, Dividenden, Gewinnentnahmen und geleisteten (Schuld-)Zinsen zuletzt mit 35,5 Milliarden Euro einen um 82,6% höheren Stand als 1991. Besonders seit 1997 erwiesen sich Vermögensanlagen offenbar als außerordentlich ertragreich, denn binnen fünf Jahren resultierte aus dieser Quelle ein Einkommenszuwachs von 80,6%; das entspricht im Jahresdurchschnitt einem Plus von 12,5%. Damit entwickelten sich also die so genannten Nichterwerbseinkommen sehr viel dynamischer als die im Rahmen einer unselbständigen oder selbständigen Berufsausübung erzielten Einkommen. Saldiert mit den geleisteten machten die empfangenen Vermögenseinkommen im Jahr 2001 immerhin bereits 13,6% der gesamten Primäreinkommen aus, 1991 war dieser Anteil noch bei 10,3 und 1996 sogar nur bei 8,9% gelegen.

### **Langfristig zunehmende Einkommensumverteilung**

Bezüglich des „materiellen Wohlstands“ der Bevölkerung stellt das Verfügbare Einkommen einen sehr viel aussagefähigeren Indikator dar als die Primäreinkommen, da die so genannten „staatlichen Zwangsabgaben“, welche für die monetäre Disposition der Privathaushalte nicht zur Verfügung stehen, herausgerechnet und andere, mit Blick auf Konsum- oder Sparentscheidungen durchaus relevante Einkommensbestandteile, wie z.B. Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld und viele weitere Sozialleistungen einbezogen sind.<sup>2)</sup> Als Endergebnis des gesamten Umverteilungsprozesses – aus geleisteten laufenden Transfers einer-

## Einkommen und Umverteilungstransaktionen im Haushaltssektor in Bayern



Ex/CD 49903/Sg25

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

seits und empfangenen laufenden Transfers andererseits – gibt das Verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte somit das wirkliche „konsumtive Potential“ der Bevölkerung wieder, welches entsprechend den individuellen Prioritäten entweder für den Verbrauch (Ausgaben bzw. Käufe) oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht.

Das Verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte Bayerns erreichte im Jahr 2001 einen Gesamtbetrag von 211,8 Milliarden Euro, nachdem es 1991 noch 152,0 Milliarden Euro betragen hatte. Es lag damit rund 60 Milliarden Euro bzw. 39,3% höher als vor zehn Jahren und hat sich prozentual sogar etwas stärker erhöht als die Primäreinkommen. So konnten die Privaten Haushalte in ihrer Gesamtheit am Ende über gut vier Fünftel (80,9%) des von ihnen erzielten Bruttoeinkommensbetrags disponieren. Im Vorfeld wurde jedoch zunächst ein beträchtlicher Teil dieser Bruttoeinkommen – im Jahr 2001 waren es 40,3%, 1991 noch 37,5% – durch den Staat in Form von direkten Steuern und Sozialbeiträgen „konfisziert“. Diesen Abzügen von insgesamt 105,4 Milliarden Euro in 2001 standen auf der anderen Seite monetäre Sozialleistungen an Private Haushalte in Höhe von 55,9 Milliarden Euro gegenüber. Dem Gewicht nach wären dies 21,3% der Primäreinkommen, die über das äußerst komplexe Transfersystem an die Bevölkerung zurückfließen. Wie die geleisteten Abgaben hat sich auch dieser Anteil von ursprünglich 18,4% (im Jahr 1991) inner-

halb von acht Jahren um rund drei Prozentpunkte erhöht. Die staatlichen Umverteilungsaktivitäten haben sich also im Verlauf der letzten zehn Jahre spürbar ausgeweitet. Bei 26,4% des Verfügbaren Einkommens handelte es sich im Jahr 2001 bereits um direkte (monetäre) Zahlungen aus dem sozialen Sicherungssystem, 1991 lag dieser Prozentsatz noch deutlich niedriger bei 22,9%. Bundesweit betrug der Anteil der Transfereinkommen 2001 sogar 30,9% (1991: 26,6%).<sup>3)</sup>

Wie der Begriff „Umverteilung“ trefflich zum Ausdruck bringt, unterscheidet sich der Kreis der Empfänger von Transfer- bzw. Sozialleistungen grundsätzlich signifikant vom Kreis der Primäreinkommensbezieher, die im Rahmen der Solidargemeinschaft zugleich auch das Aufkommen an direkten Steuern und Sozialbeiträgen maßgeblich bestreiten. Dies wird auch daran ersichtlich, dass der Anstieg der monetären Sozialleistungen um immerhin 60,8% in zehn Jahren bzw. 4,9% im Jahresdurchschnitt zum allergrößten Teil, nämlich zu nahezu vier Fünftel durch zunehmende Leistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung (64,5%) sowie für Unterstützungsmaßnahmen bei Arbeitslosigkeit und im Rahmen der Sozialhilfe (13,8%) verursacht wurde.

Auch die von den Privaten Haushalten entrichteten Einkommen- und Vermögensteuern sowie die Sozialbeiträge sind mit 49,2 bzw. 48,8% deutlich stärker angestiegen als die Einkommen selbst. Der Staat hat also seine Umverteilungsaktivitäten deutlich ausgeweitet. In unmittel-

Tabelle 1. Einkommen der Privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Jahr	Arbeitnehmer-entgelt	Betriebsüberschuss, Selbständigen-einkommen	Empfangene Vermögens-einkommen	Geleistete Vermögens-einkommen	Vermögens-einkommen (Saldo)	Primär-einkommen
	1	2	3	4	5 = 3 - 4	6 = 1 + 2 + 5
<b>Mill. €</b>						
1991 .....	136003	33298	–	–	19448	188749
1992 .....	147341	36006	–	–	18920	202266
1993 .....	150349	36376	–	–	18854	205579
1994 .....	153788	38481	–	–	20295	212563
1995 .....	157998	39900	37503	16940	20563	218462
1996 .....	159312	42505	37326	17658	19668	221485
1997 .....	160410	43012	40672	18005	22667	226088
1998 .....	165432	43244	44520	18574	25946	234621
1999 .....	169956	42892	48645	18737	29908	242757
2000 .....	177463	42656	51557	19489	32068	252187
2001 .....	182808	43458	55213	19696	35518	261784
<b>Veränderung ggü. dem Vorjahr in %</b>						
1992 .....	8,3	8,1	.	.	-2,7	7,2
1993 .....	2,0	1,0	.	.	-0,3	1,6
1994 .....	2,3	5,8	.	.	7,6	3,4
1995 .....	2,7	3,7	.	.	1,3	2,8
1996 .....	0,8	6,5	-0,5	4,2	-4,4	1,4
1997 .....	0,7	1,2	9,0	2,0	15,2	2,1
1998 .....	3,1	0,5	9,5	3,2	14,5	3,8
1999 .....	2,7	-0,8	9,3	0,9	15,3	3,5
2000 .....	4,4	-0,6	6,0	4,0	7,2	3,9
2001 .....	3,0	1,9	7,1	1,1	10,8	3,8
<b>1991 ≙ 100</b>						
1992 .....	108	108	.	.	97	107
1993 .....	111	109	.	.	97	109
1994 .....	113	116	.	.	104	113
1995 .....	116	120	.	.	106	116
1996 .....	117	128	.	.	101	117
1997 .....	118	129	.	.	117	120
1998 .....	122	130	.	.	133	124
1999 .....	125	129	.	.	154	129
2000 .....	130	128	.	.	165	134
2001 .....	134	131	.	.	183	139
<b>in % der Primäreinkommen</b>						
1991 .....	72,1	17,6	.	.	10,3	100,0
1992 .....	72,8	17,8	.	.	9,4	100,0
1993 .....	73,1	17,7	.	.	9,2	100,0
1994 .....	72,3	18,1	.	.	9,5	100,0
1995 .....	72,3	18,3	17,2	7,8	9,4	100,0
1996 .....	71,9	19,2	16,9	8,0	8,9	100,0
1997 .....	71,0	19,0	18,0	8,0	10,0	100,0
1998 .....	70,5	18,4	19,0	7,9	11,1	100,0
1999 .....	70,0	17,7	20,0	7,7	12,3	100,0
2000 .....	70,4	16,9	20,4	7,7	12,7	100,0
2001 .....	69,8	16,6	21,1	7,5	13,6	100,0

<sup>1)</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Rentenversicherung der Arbeiter, Angestellten, knappschaftliche, landwirtschaftliche Altersklassen und Leistungen und übrige empfangene laufende Transfers, abzüglich Nettoprämien für Schadenversicherungsleistungen und übrige geleistete laufende Transfers.

telbarer Konsequenz dazu blieben die Nettoeinkommen in ihrer Entwicklung mit rund 32,6% im Zeitraum 1991 bis 2001 merklich hinter den Bruttoeinkommen (38,7%) zurück. Allerdings hat sich die „Schere“ seit etwa 1997 nicht weiter geöffnet, denn seither sind die Brutto- und die Nettoeinkommen etwa in gleichem Umfang angestiegen (um 18,2 bzw. 18,9%).

#### Niveau der Pro-Kopf-Einkommen in Bayern leicht überdurchschnittlich

Mit 21317 Euro entfiel auf jeden Einwohner Bayerns im Jahr 2001 – verglichen mit den anderen Bundesländern – ein überdurchschnittlich hohes Primäreinkommen. Allerdings lag dieser Wert nur noch 10,9% über dem deut-

schen Durchschnitt, nachdem der Einkommensvorsprung 1991, also unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung, noch 13,8% betragen hatte. Dies liegt daran, dass es durch die anfangs der neunziger Jahre sehr viel höheren Einkommenszuwächse im so genannten Beitrittsgebiet zu einer Nivellierung der ursprünglich sehr hohen Einkommensunterschiede in Ost- und Westdeutschland gekommen ist. 1991 wurde in den neuen Ländern<sup>4)</sup> durchschnittlich noch ein Pro-Kopf-Einkommen von 7071 Euro erzielt. Das waren nur 43,7% des entsprechenden Werts der alten Bundesländer (16191 Euro) bzw. knapp die Hälfte des gesamtdeutschen Durchschnitts (14393 Euro). Im Jahr 2001 erreichten die Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Bundesländern mit 13680 Euro immerhin bereits zwei Drittel (66,7%) des

in Bayern 1991 bis 2001

Empfangene monetäre Sozialleistungen	darunter für		Geleistete Einkommen- und Vermögenssteuern	Geleistete Sozialbeiträge	Sonstige laufende Transfers <sup>4)</sup> (saldiert)	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	Jahr
	Alters- und Hinterbliebenenversorgung <sup>2)</sup>	Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe <sup>3)</sup>					
7	8	9	10	11	12	13=6+7-10-11+12	
<b>Mill. €</b>							
34756	20980	3494	25648	45141	- 691	152024	..... 1991
38501	23203	4179	27790	48947	- 974	163056	..... 1992
41474	24604	5578	28060	50761	- 810	167422	..... 1993
43692	26923	5731	28559	54524	-1031	172142	..... 1994
46283	28396	6152	29385	57473	-1082	176805	..... 1995
50242	29349	7075	30501	59510	- 991	180724	..... 1996
51071	30144	7158	30684	61461	- 751	184264	..... 1997
51778	31282	6771	32389	62846	- 668	190497	..... 1998
53096	32192	6637	34876	63578	- 555	196844	..... 1999
54251	33257	6128	37839	65610	- 392	202597	..... 2000
55888	34608	6419	38257	67165	- 491	211759	..... 2001
<b>Veränderung ggü. dem Vorjahr in %</b>							
10,8	10,6	19,6	8,3	8,4	.	7,3	..... 1992
7,7	6,0	33,5	1,0	3,7	.	2,7	..... 1993
5,3	9,4	2,7	1,8	7,4	.	2,8	..... 1994
5,9	5,5	7,3	2,9	5,4	.	2,7	..... 1995
8,6	3,4	15,0	3,8	3,5	.	2,2	..... 1996
1,7	2,7	1,2	0,6	3,3	.	2,0	..... 1997
1,4	3,8	-5,4	5,6	2,3	.	3,4	..... 1998
2,5	2,9	-2,0	7,7	1,2	.	3,3	..... 1999
2,2	3,3	-7,7	8,5	3,2	.	2,9	..... 2000
3,0	4,1	4,8	1,1	2,4	.	4,5	..... 2001
<b>1991 ≙ 100</b>							
111	111	120	108	108	.	107	..... 1992
119	117	160	109	112	.	110	..... 1993
126	128	164	111	121	.	113	..... 1994
133	135	176	115	127	.	116	..... 1995
145	140	203	119	132	.	119	..... 1996
147	144	205	120	136	.	121	..... 1997
149	149	194	126	139	.	125	..... 1998
153	153	190	136	141	.	129	..... 1999
156	159	175	148	145	.	133	..... 2000
161	165	184	149	149	.	139	..... 2001
<b>in % der Primäreinkommen</b>							
18,4	11,1	1,9	13,6	23,9	.	80,5	..... 1991
19,0	11,5	2,1	13,7	24,2	.	80,6	..... 1992
20,2	12,0	2,7	13,6	24,7	.	81,4	..... 1993
20,6	12,7	2,7	13,4	25,7	.	81,0	..... 1994
21,2	13,0	2,8	13,5	26,3	.	80,9	..... 1995
22,7	13,3	3,2	13,8	26,9	.	81,6	..... 1996
22,6	13,3	3,2	13,6	27,2	.	81,5	..... 1997
22,1	13,3	2,9	13,8	26,8	.	81,2	..... 1998
21,9	13,3	2,7	14,4	26,2	.	81,1	..... 1999
21,5	13,2	2,4	15,0	26,0	.	80,3	..... 2000
21,3	13,2	2,5	14,6	25,7	.	80,9	..... 2001

öffentliche Pensionen. – <sup>3)</sup> Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe und Geldleistungen der Sozialhilfe einschl. Kriegsofopferfürsorge. – <sup>4)</sup> Schadenversicherungs-

„West-Niveaus“ von 20524 Euro oder 71,2% des gesamtdeutschen Niveaus (19222 Euro). Im Vergleich allein mit den anderen alten Bundesländern hat sich das durchschnittliche Primäreinkommen der bayerischen Bevölkerung im Zeitraum 1991 bis 2001 überdurchschnittlich günstig entwickelt, denn der Anstieg fiel hier mit 30,2% gegenüber 26,8% etwas kräftiger aus. Auch im Niveauvergleich der Pro-Kopf-Einkommen konnten die Einwohner des Freistaats inzwischen ihren leichten Vorsprung gemessen am Durchschnitt der alten Länder von ursprünglich 1,1% auf nunmehr 3,9% ausbauen. Allgemein ist im früheren Bundesgebiet allerdings zu konstatieren, dass aufgrund des relativ raschen Bevölkerungswachstums – allein in Bayern erhöhte sich die Einwohnerzahl von 1991 bis 2001 um 754 000, in den

alten Ländern zusammen um 3,25 Millionen Menschen – die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen spürbar hinter den (aggregierten) Einkommen der Gesamtbevölkerung zurückblieb: So stiegen die Primäreinkommen aller im Freistaat beheimateten Menschen zusammengenommen im Jahresdurchschnitt um 3,3%, je Einwohner betrug der jährliche Einkommenszuwachs dagegen „nur“ 2,7%. Vergleicht man die Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen dem Niveau nach, so ergibt sich ein etwas anderes Bild als bei den durchschnittlichen Primäreinkommen. Insbesondere reduziert sich der Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Bundesländern im Zuge der Umverteilung erheblich. Während bei den Primäreinkommen die Bevölkerung in den neuen Ländern gegenüber

Tabelle 2. Pro-Kopf-Einkommen der Privaten Haushalte<sup>1)</sup> in den Ländern des Bundesgebiets 1991 und 2001

Land	Primäreinkommen					Verfügbares Einkommen				
	€ je Einwohner	Deutschland $\pm$ 100	€ je Einwohner	Deutschland $\pm$ 100	Veränderung 2001 ggü. 1991 in %	€ je Einwohner	Deutschland $\pm$ 100	€ je Einwohner	Deutschland $\pm$ 100	Veränderung 2001 ggü. 1991 in %
	1991		2001			1991		2001		
Baden-Württemberg	17362	120,6	22013	114,5	26,8	13755	113,3	17778	108,0	29,2
Bayern	16375	113,8	21317	110,9	30,2	13189	108,7	17244	104,7	30,7
Berlin	13173	91,5	16750	87,1	27,1	11963	98,6	14773	89,7	23,5
Brandenburg	7795	54,2	14495	75,4	85,9	7866	64,8	14102	85,6	79,3
Bremen	18136	126,0	21448	111,6	18,3	15906	131,0	19479	118,3	22,5
Hamburg	18554	128,9	22827	118,8	23,0	15433	127,1	18865	114,6	22,2
Hessen	16147	112,2	20554	106,9	27,3	12896	106,2	16463	100,0	27,7
Mecklenburg-Vorpommern	6948	48,3	13509	70,3	94,4	7144	58,9	13499	82,0	89,0
Niedersachsen	14892	103,5	18621	96,9	25,0	12447	102,5	16026	97,3	28,8
Nordrhein-Westfalen	16189	112,5	20410	106,2	26,1	13502	111,2	17431	105,9	29,1
Rheinland-Pfalz	15076	104,7	18960	98,6	25,8	12436	102,5	16065	97,6	29,2
Saarland	13003	90,3	18126	94,3	39,4	11365	93,6	16101	97,8	41,7
Sachsen	6935	48,2	13465	70,0	94,2	7448	61,4	14119	85,7	89,6
Sachsen-Anhalt	6747	46,9	13017	67,7	92,9	7242	59,7	13702	83,2	89,2
Schleswig-Holstein	15659	108,8	19015	98,9	21,4	13005	107,1	16112	97,8	23,9
Thüringen	7047	49,0	14032	73,0	99,1	7480	61,6	14120	85,7	88,8
<b>Deutschland</b>	<b>14393</b>	<b>100,0</b>	<b>19222</b>	<b>100,0</b>	<b>33,6</b>	<b>12138</b>	<b>100,0</b>	<b>16467</b>	<b>100,0</b>	<b>35,7</b>
Alte Länder (ohne Berlin)	16191	112,5	20524	106,8	26,8	13256	109,2	17086	103,8	28,9
Neue Länder (ohne Berlin)	7071	49,1	13680	71,2	93,5	7447	61,4	13958	84,8	87,4

<sup>1)</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

den alten Ländern im Jahr 2001 noch um 33,3% zurücklag, betrug der Rückstand beim Verfügbaren Einkommen nur noch 18,3%. In Bayern lag das Verfügbare Einkommen je Einwohner bei 17244 Euro und damit um 4,7% über dem gesamtdeutschen Durchschnittswert von 16467 Euro. Gegenüber dem entsprechenden Vergleichswert für die alten Bundesländer von 17086 Euro war der Vorsprung allerdings nur relativ knapp (0,9%). Jedoch war das Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen im Freistaat im Jahr 1991 noch um 0,5% unter dem Niveau der alten Bundesländer gelegen.

### Erwerbsbeteiligung mit ausschlaggebend für Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung

Beim Regionalvergleich komplexer Einkommensaggregate, wie insbesondere des Verfügbaren Einkommens, aber auch der Primäreinkommensgrößen, findet die jahresdurchschnittliche Wohnbevölkerung als Normierungsmaß bevorzugt Verwendung. Durch diese breite Bezugsbasis wird versucht, der heterogenen Zusammensetzung der „Aggregate“ bzw. den divergierenden und partiell überlappenden Gruppen von Einkommensbeziehern gerecht zu werden. So unterscheidet sich insbesondere der Kreis der Empfänger von Transfer- bzw. Sozialleistungen gemeinhin vom Kreis der Primäreinkommensbezieher, welche durch Steuern und Sozialbeiträge diese Leistungen „finanzieren“. Dessen unbeschadet treten natürlich aufgrund der Komplexität des Steuer- und Sozialsystems auch vielfältige Überlappungen auf. Trotz der Ausweitung der Umverteilungsaktivitäten, die sich in einer überproportionalen Zunahme der Transfereinkommen niederschlagen, und trotz der wachsenden Bedeutung der (Primär-)Einkommen aus Vermögensbesitz, kommt – gesamtwirtschaftlich betrachtet – den im Rahmen einer Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen nach wie vor die mit Abstand größte Bedeutung zu.

Damit stellt die Zahl der Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, (die durchschnittlichen Verdienste natürlich ebenso) auch einen maßgeblichen Bestimmungs-

faktor für das aggregierte Primäreinkommen der Gesamtheit aller Haushalte einer Region dar. Speziell die Relation der Aggregate zur Wohnbevölkerung unterliegt insofern auch dem Einfluss der so genannten Erwerbsquote, also des Anteils der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung. Für den Vergleich mit anderen Bundesländern erscheint es deshalb von Belang, dass Bayern traditionell eine weit überdurchschnittliche Erwerbsquote aufwies. Sie lag im Jahr 2001 mit 50,6% deutlich über dem entsprechenden Bundeswert von 47,2%.

Im Hinblick auf die durchschnittlichen Erwerbseinkommen dürfen natürlich auch die abweichenden Strukturen in der Erwerbstätigkeit und im sektoralen Wirtschaftsgefüge nicht aus dem Auge verloren werden, denn zwischen den einzelnen Berufsgruppen bzw. Wirtschaftsbereichen bestehen naturgemäß oft erhebliche Einkommensunterschiede. Das durchschnittliche Niveau des Verfügbaren Einkommens ist außerdem aufgrund der heterogenen Sozialleistungen stark vom soziographischen Aufbau der Bevölkerung geprägt. Über die primäre Einkommensverteilung hinaus haben hier z.B. auch die Altersstruktur, die Haushaltsgröße, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und eine Fülle anderer, oft auch individuell determinierter Faktoren, maßgeblichen Einfluss.

### Tendenziell rückläufige Sparneigung

Im Vergleich zum Verfügbaren Einkommen sind die privaten Konsumausgaben im Zeitraum 1991/2001 deutlich stärker angestiegen, nämlich um 44,5% gegenüber 39,3%. Damit hat sich die Konsumquote, das ist der Anteil der Konsumausgaben am Verfügbaren Einkommen in den neunziger Jahren von 86,7 auf 89,9% erhöht.<sup>5)</sup> Entgegengesetzt dazu verminderte sich die Sparquote der bayerischen Bevölkerung in beträchtlichem Maße von 14,3 auf 11,1%. Eine ähnliche Tendenz war bundesweit zu beobachten. In ganz Deutschland blieb die Sparquote mit 10,1% im Jahr 2001 um dreieinhalb Prozentpunkte hinter dem Stand von 1991 (13,0%) zurück. Bei

Tabelle 3. Verfügbares Einkommen, Konsum und Sparen der Privaten Haushalte<sup>1)</sup> in Bayern 1991 bis 2001

Jahr	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Konsumquote	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Bezugsgröße für die Sparquote	Sparen	Sparquote	nachrichtlich: Sparquote in Deutschland
	Mill. €		%	Mill. €			%	
	1	2	3	4	5=1+4	6=1-2+4	7=6/5	8
1991	152024	131763	86,7	1723	153747	21985	14,3	13,0
1992	163056	141635	86,9	2016	165073	23437	14,2	13,0
1993	167422	146102	87,3	1267	168688	22586	13,4	12,3
1994	172142	151974	88,3	1535	173677	21702	12,5	11,6
1995	176805	157226	88,9	1977	178782	21556	12,1	11,2
1996	180724	160748	88,9	1422	182146	21398	11,7	10,8
1997	184264	164545	89,3	1505	185769	21224	11,4	10,4
1998	190497	170927	89,7	2027	192524	21597	11,2	10,3
1999	196844	177725	90,3	1992	198835	21111	10,6	9,8
2000	202597	182849	90,3	2397	204994	22144	10,8	9,8
2001	211759	190438	89,9	2498	214256	23819	11,1	10,1

<sup>1)</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

der Ermittlung des Sparvolumens und der Sparquote ist nach den Buchungsvorschriften des ESVG 1995 auch die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche zu berücksichtigen.<sup>6)</sup> Damit addieren sich Konsumausgaben und Sparvolumen nicht exakt zum Verfügbaren Einkommen auf, sondern ergänzen sich zu einer definitiv etwas über dieses geläufige Einkommensaggregat hinaus reichenden Bezugsgröße rein formalen Charakters.

Die obigen Ausführungen zum Verfügbaren Einkommen und zu den Konsumausgaben der Privaten Haushalte beziehen sich auf Daten, die nach dem so genannten „Ausgabenkonzept“ abgegrenzt sind. Daneben steht im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG '95) auch ein so genanntes „Verbrauchskonzept“, welches neben den reinen „Geldströmen“ auch wichtige, vom Staat den Privaten Haushalten unentgeltlich zur Verfügung gestellte (soziale) Sachtransfers einschließt. Dabei handelt es sich z. B. um Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, deren Kosten (monetär) von den Sozialversicherungssystemen übernommen oder erstattet werden. Weiterhin zählen hierzu auch bestimmte individuell zurechenbare, aber für den einzelnen unentgeltlich zur Verfügung stehende Sachleistungen, wie die Leistungen des Unterrichtswesens (Schulen, Hochschulen), des Gesundheitswesens oder der sozialen Sicherung. Unter Berücksichtigung derartiger „geldwerter“ Sachleistungen im Verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept erhöhte sich naturgemäß auch dessen Niveau spürbar – bundesweit waren es im Jahr 2001 etwa 230 Milliarden Euro bzw. ein Sechstel – und korrespondierend dazu natürlich auch die Höhe des „Privaten Verbrauchs“. Demgegenüber vermindern sich Einkommen und Verbrauch des Staates gemäß Verbrauchskonzept in gleichem Umfang auf deutlich weniger als die Hälfte des Betrags gemäß Ausgabenkonzept, nämlich

das Verfügbare Einkommen von 363,9 auf 133,7 Milliarden Euro (-63,3%) bzw. der Konsum von 393,9 auf 163,3 Milliarden Euro (-58,5%).

Eine regionale Zuordnung aller geleisteten und empfangenen Sachtransfers ist allerdings derzeit aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich. Folglich müssen sich auch regionalisierte Untersuchungen zum Verfügbaren Einkommen und zum Konsum der Privaten Haushalte auf das Ausgabenkonzept beschränken.

Dr. Franz Kohlhuber

<sup>1)</sup> Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen unterscheiden sich durch den Saldo aus den einer Region von außen zufließenden und den aus der Region abfließenden Primäreinkommen. Darunter zu verstehen sind hierbei in Bezug auf die Privaten Haushalte vor allem Arbeitnehmerentgelte (bedingt durch die Pendlerverflechtung), aber auch Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkommen (z. B. Zinsen, Dividenden).

<sup>2)</sup> Folgerichtig werden derartige Transferleistungen daher oft auch als Sekundäreinkommen bezeichnet.

<sup>3)</sup> Unter zusätzlicher Berücksichtigung der staatlich bzw. durch die „Solidargemeinschaft“ finanzierten Sachleistungen (z. B. im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich) liegt der Anteil noch deutlich höher, in Deutschland insgesamt bei 40,9% (2001).

<sup>4)</sup> Aufgrund der nur noch „länderscharf“ vorliegenden Ergebnisse wird die ehemals geteilte Stadt Berlin im Folgenden weder der Gruppe der alten, noch der neuen Länder zugerechnet.

<sup>5)</sup> Nach dem Verbrauchskonzept läge die Konsumquote sogar noch um 2,3 Prozentpunkte darüber, da die sozialen Sachtransfers sowohl im Zähler (als Teil des sog. Individualkonsums), als auch im Nenner bzw. im Verfügbaren Einkommen zu berücksichtigen wären.

<sup>6)</sup> Die Position „Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche“ stellt gewissermaßen eine „Gegenbuchung“ zu den Prämien- und Beitragszahlungen dar, die im Rahmen der Umverteilungsrechnung als Sozialbeiträge von den Primäreinkommen der Privaten Haushalten abgezogen wurden. Aufgrund des festen Anspruchs auf die daraus erwachsenden Deckungsrückstellungen erscheint es folgerichtig, deren Erhöhung ebenso als „Sparen“ zu werten, wodurch die vorgelagerte Abbuchung von Sozialbeiträgen, welche sonst zu einer Verminderung des Sparvolumens führte, kompensiert wird.